

Hilfe zur Selbsthilfe – Die Bürger wollen aktiv werden:

Motive des Konzepts Seniorengenossenschaften

Die Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements 2002 fordert die Stärkung einer aktiven Bürgergesellschaft. Einer Bürgergesellschaft, die ein Netzwerk von selbst organisierten, freiwilligen Zusammenschlüssen bildet und die neben Staat, Wirtschaft und Familie eine tragende Rolle bekommt. Der 2. Freiwilligen-Survey: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 konstatiert nicht nur eine hohe Engagementquote freiwillig Engagierter sondern auch ein großes Potential an engagementwilligen Bürgern. Dieses Potential sollte genutzt werden. In Seniorengenossenschaften, einem neuen Konzept der Selbsthilfe, wird bürgerschaftliches Engagement in Form der Hilfe auf Gegenseitigkeit praktiziert. Ein Forschungsprojekt an der Universität zu Köln am Seminar für Sozialpolitik unter Leitung von Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt untersuchte die Stabilitätsbedingungen für Seniorengenossenschaften sowie die Motive der Mitglieder, sich gerade in Initiativen der Hilfe auf Gegenseitigkeit, die mit Zeitkonten arbeiten, zu engagieren¹.

■ Ursula Köstler

Zusammenspiel von Wohlfahrtsstaat und Wohlfahrtsgesellschaft

Im letzten Jahrzehnt haben sich auf nationaler und internationaler Ebene politische Umorientierungen der wohlfahrtsstaatlichen Agenda vollzogen. Bis in die 1980er Jahre erfolgte die Sozialpolitik von oben. Der Staat war alleine für die Steigerung der Wohlfahrt verantwortlich, der öffentliche Sektor wurde ausgedehnt, die öffentlichen Institutionen der sozialen Sicherung erweitert. Daneben existierte die Wohlfahrtsgesellschaft, die gekennzeichnet war durch freiwilliges, unbezahltes soziales Engagement in der Familie, Engagement im klassischen Ehrenamt – meist kirchlich motiviert – und Engagement im Vereinswesen. Staatlicherseits erfolgte aber dafür keine Unterstützung. Doch die demographischen Änderungen, vor allem die Zunahme des Anteils der Menschen des dritten und vierten Lebensalters sowie die veränderten gesellschaftlichen Lebensformen in Richtung Singularisierung, bewirken eine steigende Zahl unterstützungsbedürftiger alter Menschen, der abnehmende familiäre Hilfpotentiale gegenüberstehen. Der Staat alleine ist nicht in der Lage über Zuteilung von Rechtsansprüchen, Verteilung von Geldleistungen und Bereitstellung professioneller Dienstleistungen den steigenden Bedarf an Risikosicherung zu bewältigen und zu finanzieren. Andererseits brechen die Familienstruk-

turen auf und eine weitere Übertragung der sozialen Risikosicherung an die privaten Haushalte, die in der Vergangenheit ohnehin einen großen Teil der Betreuung bei Unterstützungs- und Hilfsbedürftigkeit übernommen haben und die auch immer noch den Hauptanteil übernehmen, ist nicht möglich.

An diesem Punkt beginnt Ende der 1980er Jahre die sozialpolitische Diskussion über Reformen zur Förderung bislang ungenutzter gesellschaftlicher Ressourcen. Das auf der theoretischen Ebene geprägte Konzept des Welfare mix betont eine Änderung der Wohlfahrtsstaatlichkeit bei der Produktion von sozialpolitischen Leistungen zur Sicherung der sozialen Risiken². Der Staat entdeckt den Leitgedanken Hilfe zur Selbsthilfe und schafft die Vision einer aktiven Bürgergesellschaft als gesellschaftliche Lebensform des bürgerschaftlichen Engagements. Umgesetzt wird dies durch den Umbau von Dienstleistungen im sozialen Bereich, indem dem Konzept mehr Markt folgend privatwirtschaftlichen Lösungen größere Bedeutung eingeräumt und die Rolle der freien Träger sowie der informellen Hilfesysteme aufgewertet und gefördert wird³. Derzeit richtet sich der Blick verstärkt auf eine Vielzahl freiwilliger, in der Regel unbezahlter, sozialer Tätigkeiten. Neben die staatlichen Institutionen und die Familien treten private Anbieter, selbst organisierte Träger und informelle Unterstützungssysteme, wie Freundschaftsnetze, organisierte Nachbarschaftshilfen und Initiativen der Hilfe auf Gegenseitigkeit, die unter dem Begriff Seniorengenossenschaften gefasst werden. Dabei fordert die Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements 2002 eine

Dr. rer. pol. Ursula Köstler, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt am Seminar für Sozialpolitik, Universität zu Köln

sich ändernde Rolle des Staates: Ein aktivierender Staat, der Rahmenbedingungen setzt, innerhalb derer eine Bürgergesellschaft neue Formen des Zusammenlebens, des bürgerschaftlichen Engagements mit mehr Selbstbestimmung und Selbstorganisation lebt⁴.

Auch in der offenen Altenarbeit hat ein staatlich gesteuerter Paradigmenwechsel stattgefunden. Neben der Sicherung bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit sollen Rahmenbedingungen für eine aktive Teilhabe der älteren Menschen geschaffen werden. Früher wurde die Gruppe der alten Menschen als eher homogen angesehen, es gab Angebote zur Freizeitgestaltung und Aktivitäten zur Bekämpfung von altersbedingten Defiziten. Seit den 90er Jahren trägt die staatliche Altenpolitik der Heterogenität der Gruppe der alten Menschen Rechnung und versucht, die alten Menschen zu aktivieren, ihre Fähigkeiten selbst bestimmend einzusetzen. Die Angebote des freiwilligen Engagements werden erweitert und der Motivationsstruktur der Menschen des dritten Lebensalters angepasst, die ein großes Potential an Engagementwilligen bietet.

Der 2. Freiwilligensurvey konstatiert eine bedeutende Zunahme sowohl der Quote als auch der Intensität des freiwilligen Engagements im Zeitraum von 1999 bis 2004. Gestiegen sind das Engagementpotential derjenigen, die bisher nicht engagiert sind (externes Engagementpotential) und das Potential derjenigen, die bereits engagiert sind und bereit sind, ihr freiwilliges Potential auszudehnen (internes Engagementpotential). Im Jahre 2004 engagierten sich 36 % der Bevölkerung freiwillig, 12 % waren zum freiwilligen Engagement bestimmt bereit, 20 % waren zum Engagement eventuell bereit und 32 % engagierten sich nicht⁵. Schon jetzt liegt bei den Menschen ab 60 Jahren die Engagementquote bei 30 %.⁶ Doch bedeutend ist, dass im Jahre 2004 das externe Engagementpotential bei den 60jährigen und älteren bei 19 % lag und das interne Engagementpotential bei 13 %⁷. Das Engagementpotential der Menschen des dritten Lebensalters erkennend sind in den letzten Jahren vielfältige Angebote für ältere Menschen entstanden, u. a. das Modellprogramm Seniorenbüro⁸, das Modellprogramm EFI (Erfahrungswissen für Initiativen)⁹, Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Initiativen der Hilfe auf Gegenseitigkeit. Alle diese Angebote haben gemeinsam, dass sie durch geeignete Anreizstrukturen gerade in der Übergangsphase des Eintritts in den Ruhestand die Bürger zu freiwilligem Engagement mobilisieren wollen. Dabei setzen die Seniorengenossenschaften auf den genossenschaftlichen Gedanken der Hilfe zur Selbsthilfe und verbinden das Engagement für andere mit der Umsetzung eines Zeitauschsystems, das eine Vertrauensbasis schafft und Ansprüche auf Gegenleistung dokumentiert. Die Basis für die Deckung des Bedarfs auf Gegenseitigkeit bildet eine bindende Solidarhaltung der Mitglieder untereinander gekoppelt mit fairer Reziprozität.

Seniorengenossenschaften als Innovation in der offenen Altenhilfe

Anfang der 1990er Jahre etablierten sich in Baden-Württemberg die ersten Seniorengenossenschaften, die einen qualitativ neuen Ansatz in der offenen Altenhilfe umsetzen. Es folgten Seniorengenossenschaften in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. In Baden-Württemberg wurden die Seniorengenossenschaften landespolitisch, im hessischen Kreis Offenbach kommunal im Rahmen von Modellprogrammen unterstützt. Das Modellprogramm Seniorengenossenschaften wurde in den Jahren 1991 bis 1993 vom baden-württembergischen Sozialministerium initiiert, finanziell unterstützt und wissenschaftlich begleitet. Die baden-württembergischen Initiativen haben sich als stabil erwiesen¹⁰. Das Konzept für das Förderprogramm zur Unterstützung der Seniorengenossenschaften des Kreises Offenbach, das von 1994 bis 2004 durchgeführt wurde, bestand aus drei Punkten: einer Anschubfinanzierung von EUR 3000 – 4000 pro Initiative, der mietfreien Überlassung von Räumlichkeiten seitens der Kommune oder der Städte sowie der Fortbildung, Begleitung und Beratung durch die Leitstelle Älterwerden bzw. die Ehrenamtsagentur, die als Ansprechpartner dauerhaft zur Verfügung steht. Das Förderprogramm zur Unterstützung der Seniorengenossenschaften des Kreises Offenbach hatte eine bedeutende regionale Multiplikatorwirkung und führte auch im Bundesgebiet zu weiteren Gründungen von Seniorengenossenschaften.

Derzeit gibt es im Bundesgebiet etwa 50 Seniorengenossenschaften, die nach dem genossenschaftlichen Prinzip der Hilfe auf Gegenseitigkeit arbeiten; weitere Seniorengenossenschaften befinden sich in Planung. Alle Initiativen finanzieren sich nach Auslaufen der Modellprogramme selbst und wirtschaften bis auf die mietfreie Überlassung von Räumlichkeiten in einer städtischen Einrichtung unabhängig von städtischen, kommunalen und staatlichen Zuschüssen.

Alle im Bundesgebiet ansässigen Seniorengenossenschaften haben die Rechtsform des e. V. gewählt, so dass die Genossenschaftsartigkeit soziologischer Natur ist und nicht der Rechtsform nach gelebt wird. Einige Initiativen haben zwar in der Vereinssatzung die Umwandlung des Vereins in die Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft als zukünftiges Ziel festgesetzt, dies jedoch bis dato nicht umgesetzt. Zum 18. August 2006 ist jedoch das im Mai im Bundestag verabschiedete und im Juni den Bundesrat erfolgreich passierte novellierte Genossenschaftsgesetz in Kraft getreten und die darin verbesserten Rahmenbedingungen für kleine Genossenschaften werden u. U. die Attraktivität der genossenschaftlichen Rechtsform stärken. Durch die Erleichterungen der Gründung von Genossenschaften – indem die Gründungsmitgliederzahl von 7 auf 3 abgesenkt wird – und die Ausnahmeregelungen von der Prüfung des Jahresabschlusses für kleine Genossenschaften gewinnt die Rechtsform der Genossenschaft für Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements durchaus an Interesse.

Idee der Hilfe auf Gegenseitigkeit

Senioren-genossenschaften bilden soziale Risikogemeinschaften und praktizieren eine ursprüngliche soziale Hilfeform der gegenseitigen Unterstützung. Die Idee Senioren-genossenschaft setzt den Leitgedanken Hilfe zur Selbsthilfe um: Ältere Menschen organisieren sich verbindlich und auf Gegenseitigkeit, entwickeln eigene Ideen und setzen diese um, indem sie Leistungen für sich und für andere erbringen. Neben das bürgerliche Engagement tritt die Verbindlichkeit und Gegenseitigkeit, die charakteristisch für die Selbsthilfeform der Genossenschaft ist. Anerkannt wird, dass die ältere Generation ein großes Wissenspotential hat, das nutzbar für die Gesellschaft ist. Gerade in der Übergangsphase vom Beruf in den Ruhestand werden neue Formen der Aktivität für sich und andere entwickelt, so dass dann im vierten Lebensalter Kontaktnetze vorhanden sind, die der Einsamkeit und Isolation entgegenwirken.

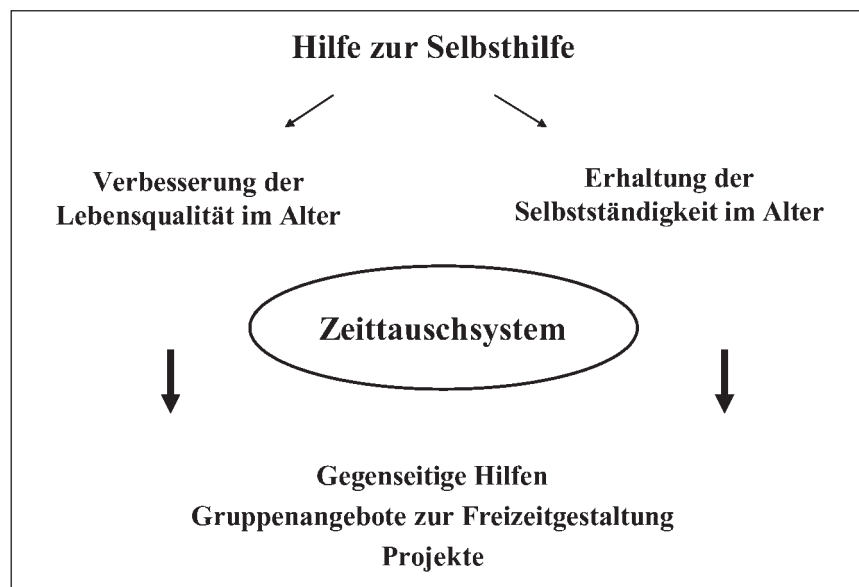
Die Senioren-genossenschaften schreiben in den Vereinszielsetzungen fest, Dienstleistungen anzubieten, die weder der Staat noch der Markt bereitstellt. Die Ziele der Initiativen sind: die Verbesserung der Lebensqualität im Alter und die Erhaltung der Selbstständigkeit im Alter. Zur Umsetzung der Ziele bieten die Initiativen drei Arten von Angeboten an: Gegenseitige Hilfen von Mensch zu Mensch (Haushaltshilfen, handwerkliche Hilfen, Kinderbetreuung, Beratung, krankheitsbezogene Dienste, Hospizdienste, Begleitedienste zu Ärzten, zu Behörden und bei Besorgungen), Gruppenangebote zur Freizeitgestaltung, die schwerpunktmäßig einen Geselligkeitsaspekt haben (Sportgruppen, Erzählgruppen, gemeinsame Unternehmungen) und Projekte über spezielle Themen

oder Projekte zusammen mit anderen Initiativen vor Ort. Die Vereinsmitgliedschaft ist Voraussetzung für die Teilnahme an den Veranstaltungen sowie für das Erbringen und Erhalten von Leistungen. Die Senioren-genossenschaften arbeiten somit innenorientiert und das Gruppengeschehen hat die Steigerung der Wohlfahrtspositionen der Mitglieder zum Ziel.

Umsetzung des Zeittauschsystems

Das zentrale Element der Idee Senioren-genossenschaft ist die Umsetzung des Zeittauschsystems, das unter den Namen Local Exchange Trading Systems (LETS) bekannt ist. Jedes Mitglied verfügt über ein persönliches Zeitkonto, auf das die geleistete Hilfe in Form von Zeitpunkten gutgeschrieben wird. Die Mitglieder erwerben somit Ansprüche auf Gegenleistung, die im Bedarfsfall eingelöst werden können. Das Ansparen und Horten von Zeitpunkten ist eine beabsichtigte Zielsetzung, so dass die Reziprozität langfristiger und generalisierter Natur ist. Damit unterscheiden sich die Senioren-genossenschaften von den sich bundesweit etablierenden Tauschringen, die nach dem Prinzip der kurzfristigen Reziprozität arbeiten und bei denen ein schneller Umlauf der Zeitpunkte erwünscht ist¹¹. Außerdem verfügen die Senioren-genossenschaften nicht, wie die Tauschringe über ein Kreditlimit, es gibt keine Minuspunkte, sondern Mitglieder der Senioren-genossenschaften, die Leistungen erhalten, aber über keine Zeitguthaben verfügen, zahlen einen festen Stundensatz in Euro. Die praktische Umsetzung des Zeittauschsystems ist ein stabilisierendes Element, mit Hilfe dessen Vertrauen in das Fortbestehen der Initiativen generiert wird.

Graphik 1:



Quelle: Eigene Darstellung

Ob nun bei einem Mitglied der Produktnutzen oder der Prozessnutzen überwiegt, ist nicht nur von den individuellen Präferenzen abhängig, sondern wird auch von der Größe der Seniorengenossenschaft bestimmt. Beobachtbar ist, dass mit größerer Mitgliederzahl der Produktnutzen zunimmt und der Prozessnutzen in den Hintergrund tritt, da eine größere Mitgliederzahl zu einer stärkeren Anonymität führt. Mitglieder, die vor allem den Prozessnutzen als bereichernd erleben, suchen persönliche Kontakte. Dies ist in kleinen Initiativen, in denen sich die Mitglieder untereinander gut kennen, eher möglich. An Mitgliederzahl große Initiativen sind für diejenigen, die ein intensives soziales Miteinander wünschen, oftmals zu unpersönlich. Große Initiativen weisen eher eine emotionale Neutralität auf, die jedoch u. U. dadurch aufgebrochen wird, dass sich innerhalb großer Initiativen Untergruppen bilden, z. B. eine Wandergruppe oder Gesprächsgruppe, innerhalb der dann intensive persönliche Kontakte gepflegt werden. Die Anonymität großer Gruppen wird auch dadurch umgangen, dass sich Mitglieder mitgliederstarker Initiativen für die Unterstützung eines Mitgliedes entscheiden, dem sie dann wöchentlich helfen und eine persönliche Beziehung aufbauen. Die Motivation für das Engagement wird dann aus dieser persönlichen Beziehung geschöpft. So schreibt eine Befragte bei der Nennung der Motivation ihres Engagements: Ich möchte dieser alten Dame den Lebensabend verschönern. Andererseits fordern Mitglieder, die einmal Hilfe in Anspruch genommen haben, immer wieder die gleiche Person für weitere Einsätze an und es entwickelt sich ein vertrauensvolles, manchmal sogar ein freundschaftliches Verhältnis.

Produktnutzen

Der Produktnutzen ist der Nutzen, der aus der erbrachten Aktivität für ein Mitglied entsteht, wenn es eine Hilfeleistung erhält, so wird die Aktivitäten nachfrage durch den Produktnutzen gesteuert. Auf der Seite derjenigen, die die Leistungen erbringen, sind es die Zeitgutschriften, die zur eigenen Versorgung eingelöst werden können, die den Produktnutzen ausmachen.

Verbesserung der privaten Versorgung

Die Seniorengenossenschaften bieten Dienstleistungen an, die sonst im Marktsystem nicht angeboten werden, bzw. die unbezahlbar sind. Neue Dienstleistungen wie Besuchsdienste, Fahr- und Begleitdienste, Haushaltshilfen, kleine handwerkliche Hilfen, Gartenbetreuung während der Abwesenheit, werden marktfähig. Die Angebote der Initiativen schließen eine Dienstleistungslücke. Die Leistungen sind größtenteils komplementär zu den bereits angebotenen Leistungen der örtlichen Dienstleister. Die Handwerksbetriebe vor Ort sehen die kleinen Reparaturleistungen der Seniorengenossenschaften nicht als konkurrierend, sondern durchaus als sinnvolle Ergänzung zu den gewerblichen Handwerksleistungen, denn in

der Regel handelt es sich um kleine Handreichungen wie das Auswechseln einer Glühbirne oder die Reparatur eines tropfenden Wasserhahns. Die örtlichen Taxiunternehmen allerdings erachten die von den Seniorengenossenschaften geleisteten Fahrdienste als Konkurrenz und argumentieren, dass hier eine zu ihrem Gewerbe substitutive Dienstleistung erfolgt.

Durch die Aktivitäten der Seniorengenossenschaften wird der lokalökonomische Markt durch „neue Produkte“ erweitert, und der Kreis der Marktteilnehmer vergrößert sich. Die Verbesserung der privaten Versorgung ist somit für die Mitglieder durchaus ein entscheidendes Motiv für die Teilnahme an den Aktivitäten und Veranstaltungen der Initiativen.

Zeitgutschriften

Die Zeitgutschriften bieten einen Anreiz, in eine Initiative der Hilfe auf Gegenseitigkeit einzutreten und sich dort aktiv einzubringen. So verleiht die Gewährung der Zeitpunkte dem freiwilligen Engagement eine eigennützige Komponente, den Selbstbezug. Für ein Drittel der Befragten bietet das Zeitkonto eine Motivation, sich in einer Seniorengenossenschaft zu engagieren. Ebenfalls ein Drittel der Befragten sieht das Ansparen von Zeitpunkten durchaus als eine Art Versicherung gegen das Risiko Unterstützungsbedürftigkeit. Das Zeitkonto ist demnach nicht der entscheidende Anreiz, aktiv zu werden. Dennoch ist die Existenz des Zeittauschsystems ein langfristiges stabilisierendes Element der Vertrauensbildung, denn es dokumentiert die gelebte generalisierte Reziprozität. Einige Initiativen haben mittlerweile die Verbuchung der Zeitgutschriften eingestellt und die Mitglieder helfen sich auf der Basis gegenseitigen Vertrauens.

Prozess benefits

Persönliche Kontakte und soziale Anerkennung

Die Veranstaltungen der Gesellung und die zwischenmenschlichen Kontakte sind der entscheidende Stabilitätsfaktor für die Seniorengenossenschaften. Im Laufe der Jahre haben die Veranstaltungen der Gesellung bei den Initiativen zugenommen, so dass die Suche nach Kontakten und Gesellung an Bedeutung gewonnen hat. In den letzten Jahren wurden bzw. werden zahlreiche Projektarbeiten mit anderen Vereinen und Institutionen vor Ort durchgeführt. Auch die angebotenen Hilfen von Mensch zu Mensch haben ihrer Natur nach alle neben dem Produktnutzen einen Gesellungsfaktor. So entsteht z. B. bei den handwerklichen Hilfsdiensten oft noch ein langes Gespräch, der zwischenmenschliche Kontakt bekommt Vorrang und die eigentliche Dienstleistung rückt in den Hintergrund. Für fast 90% der Befragten bietet das Engagement in einer Seniorengenossenschaft, eine Möglichkeit Kontakt mit Gleichgesinnten herzustellen und dadurch Isolation und Einsamkeit entgegenzuwirken.

Aus der persönlichen Anerkennung der Leistungen, dem Dankeschön und dem Lächeln der Leistungserhaltenden ziehen die Mitglieder ihre Motivation. Dies fasst ein Mitglied zusammen: Ich werde gebraucht. Das Zeitkonto drückt eine Art Anerkennung der geleisteten Aktivitäten aus. Je mehr Zeitpunkte ein Mitglied zu verzeichnen hat, umso aktiver ist es. So ehren die meisten Initiativen ihre aktiven Mitglieder im Rahmen von Veranstaltungen, z. B. ein gemeinsames Abendessen. Das Zeitkonto ist das Medium, das den Umfang an freiwilligem Engagement sichtbar macht und aus dem klassischen Ehrenamt eine Hilfe auf Gegenseitigkeit macht. Für gut die Hälfte der Befragten symbolisiert das Zeitkonto eine Möglichkeit, ehrenamtliches Engagement gesellschaftlich aufzuwerten. Dabei lehnen gut zwei Drittel der Befragten eine Bezahlung des ehrenamtlichen Engagements ab, nehmen aber gerne eine Zeitgutschrift als Gegenleistung an.

Erhaltung von Humankapital

Der Lebensabschnitt nach dem Erwerbsleben gewinnt im Lebenskonzept an Bedeutung, da er sich auf Grund der zunehmenden Lebenserwartung verlängert, gerade die so genannte gesunde Lebenserwartung steigt. Eine weitere Verlängerung des nachberuflichen Lebensabschnitts erfolgt durch die in den letzten Jahrzehnten zu beobachtende stetige Abnahme des Rentenzutrittsalters¹⁶. Dabei ist der Übergang vom aktiven Berufsleben in die Pension kein Ereignis für sich, sondern eine Veränderung im gesamten Lebenskontext. Die Seniorengenosenschaften geben ihren Mitgliedern die Möglichkeit, dieser Veränderung einen Sinn zu geben. Ein Viertel der Befragten – dabei sind die Männer deutlich in der Überzahl – nennt als Motivationsgrund, durch das Engagement in einer Seniorengenosenschaft eine sinnvolle Betätigung zu finden, ein Betätigungsfeld, in dem die berufliche Qualifikation weiter genutzt werden kann und beruflich Erworbenes nutzend eingebracht werden kann.

Hier setzt ein gesellschaftspolitisch bedeutender Effekt ein. Durch die nachberufliche Beschäftigung in einer Seniorengenosenschaft wird Humankapital erhalten und einer Entwertung des Humankapitals entgegengewirkt. Mit ihrer Tätigkeit in einer Initiative der Hilfe auf Gegenseitigkeit bringen die Mitglieder nicht nur Erfahrungen und Wissen ein, sie entdecken auch neue Fähigkeiten an sich selbst und leisten Tätigkeiten, die sie ohne Mitgliedschaft in der Seniorengenosenschaft u. U. nicht machen würden, z. B. Besuchsdienste, Begleitdienste, Beratung und Vorträge. Führt dann das Humankapital zu positiven Auswirkungen auf die Interaktionen der Mitglieder, entsteht sogar soziales Kapital¹⁷.

Schaffung von Sozialkapital

Einer der wesentlichen Beiträge, die die Seniorengenosenschaften als Institutionen erbringen, ist der Aufbau eines Netzes an sozialen Beziehungen, das wohnortsnah

für alle Mitglieder zugänglich ist und in seinem Ursprung weder verwandtschaftlich noch freundschaftlich strukturiert ist. Die Initiativen arbeiten stadtbezogen oder stadtteilbezogen, ihr Einzugsgebiet ist regional begrenzt. Menschen, die womöglich nie in Kontakt getreten wären, die unter Umständen schon jahrelang in räumlicher Nähe leben, lernen sich kennen, unterstützen sich gegenseitig und bilden ein außerfamiliäres Beziehungsnetzwerk.

Die Bildung von Sozialkapital kann für Seniorengenosenschaften als konstitutives Element angesehen werden. Sozialkapital bezeichnet dann den Wert dieses Netzwerkes an sozialen Beziehungen für die Mitglieder. Die drei Elemente für die Bildung von Sozialkapital sind erfüllt: Seniorengenosenschaften generieren generalisierte Reziprozität, schaffen soziales Vertrauen und zwischenmenschliche Kooperation innerhalb eines Beziehungsnetzes. Die Basis für die Entstehung von Sozialkapital ist die Reziprozitätsnorm, die bei allen Sozialsystemen als universell gültige Norm existiert¹⁸, so auch bei den Seniorengenosenschaften. Zusätzlich wird die Reziprozitätsnorm in den Seniorengenosenschaften durch die geleistete Hilfe auf Gegenseitigkeit gelebt und durch die Zeitkonten explizit formalisiert. Der Wert der Vertrauenswürdigkeit äußert sich durch das große Vertrauen, das die Mitglieder den Initiativen entgegenbringen, indem sie in den Fortbestand der Initiativen und in die Einlösbarkeit der gesammelten Zeitgutschriften vertrauen. Zwei Drittel der Befragten bejahen die Frage, ob ihnen die Initiative eine Garantie auf Einlösbarkeit der Zeitgutschriften gibt – und dies, obwohl die Mitglieder keinen Rechtsanspruch auf die Einlösbarkeit der erworbenen Zeitgutschriften haben. Ohne ein derart hohes Maß an Vertrauen könnte eine Initiative der Hilfe auf Gegenseitigkeit mittel- und langfristig nicht stabil bestehen.

Ab einer bestimmten Menge gehorteter Zeitpunkte sind diese jedoch eher stabilitätsgefährdend, da die Mitglieder u. U. Zweifel an der Einlösbarkeit der Zeitpunkte bekommen, besonders wenn die Initiativen nur zögernd neue aktive Mitglieder gewinnen können. In Hessen haben einige Initiativen, in denen nach langjähriger Vereinstätigkeit große Mengen an Zeitpunkten gehortet sind, weitere Möglichkeiten der Zeitpunkteverwendung entdeckt. So können die Mitglieder die in der Initiative gesammelten Zeitpunkte als „Zahlungsmittel“ für von der Stadt angebotene Vorträge, für Kurse der Volkshochschule oder für Veranstaltungen anderer ortsnaher Vereine verwenden.

Die Seniorengenosenschaften können als ein Netz von Beziehungen betrachtet werden, das soziales Kapital darstellt, mit dessen Hilfe Ziele erreicht werden können, die sich anderenfalls gar nicht oder nur zu höheren Kosten verwirklichen ließen. Andererseits besteht eine Seniorengenosenschaft aus vielen individuellen Mitgliedern, die auch soziale Beziehungen außerhalb der Initiative haben und somit jeweils soziales Kapital besitzen. Die Mitgliederbefragung zeigte, dass zwei Drittel der Mitglieder in weiteren Vereinen Mitglied sind und/oder sich dort engagieren¹⁹. Politisch bzw. gesellschaftlich engagiert

sind ein Drittel der Befragten. Dabei sind es vor allem die Männer, bei denen fast jeder zweite angibt, politisch/gesellschaftlich engagiert zu sein; bei den Frauen ist es jede fünfte²⁰. Der Erfolg der Seniorengenossenschaft als Gruppe hängt entscheidend vom vorhandenen Vertrauenspotential ab. So kann die Seniorengenossenschaft als Gruppe, deren Mitglieder vertrauenswürdig sind und sich gegenseitig vertrauen, mehr erreichen als eine vergleichbare Gruppe, die kein derart großes Vertrauenspotential mobilisieren kann²¹.

Die Messung von Sozialkapital ist schwierig. Quantitative Betrachtungen messen die Summe der Stunden, die von ehrenamtlich Tätigen erbracht werden, dabei werden die Opportunitätskosten nicht berücksichtigt. Die Ehrenamtsagentur des Kreises Offenbach schätzt, dass in den letzten 10 Jahren 500.000 Stunden ehrenamtlicher Hilfen von den Mitgliedern der 13 Seniorengenossenschaften, die am Förderprogramm zur Unterstützung der Seniorengenossenschaften im Kreis Offenbach teilnahmen, geleistet wurden, die auch als Einsparungen der Kommunen zu interpretieren sind. Qualitative Betrachtungen knüpfen an die Lebenszufriedenheit der ehrenamtlich Tätigen, die durch den Gesundheitsstatus der ehrenamtlich Tätigen gemessen wird. Die durch das Engagement in einer Seniorengenossenschaft erfahrene Sinnstiftung, die sich im Prozessnutzen für die Mitglieder widerspiegelt, kann durchaus als positiver Einfluss auf den Gesundheitszustand der Mitglieder interpretiert werden. Es sind Äußerungen wie: Durch meine Mitarbeit in der Initiative bekomme mein Leben wieder Sinn und Freude, die zeigen, dass die Mitarbeit das Lebensgefühl positiv beeinflusst und das Selbstwertgefühl steigert. Der Wirkungsgrad von Sozialkapital kann aber auch durch externe Effekte für die Gesellschaft gemessen werden. So kann das Entstehen von Hospizgruppen, wie sie in einigen Seniorengenossenschaften in den letzten Jahren gegründet wurden, und die auch für Nicht-Mitglieder offen sind, als externer Gesellschaftseffekt des in den Seniorengenossenschaften entstandenen Sozialkapitals angesehen werden. Auch das Engagement der Initiativen in Schulen, das zum Generationenverständnis beiträgt, ist als externer Effekt zu interpretieren.

Generationsübergreifender Dialog

Viele Initiativen auf Gegenseitigkeit haben in den letzten Jahren den Terminus Senior aus ihrem Vereinsnamen gestrichen und versuchen aus den Seniorenbereich in den Bereich der generationsübergreifenden Nachbarschaftshilfe zu wechseln. Noch erfolgt die erfolgreiche Werbung jüngerer Mitglieder zögerlich²². Die Altersstruktur der Mitglieder der einzelnen Initiativen zeigt, die Mehrzahl der Mitglieder ist im 3. Lebensalter, dabei spiegelt das Geschlechterverhältnis mit 2:1 (Frauen zu Männern) die Feminisierung des Alters. Doch die Mitglieder der Initiativen wünschen sich Kontakte mit jüngeren Mitbürgern. Viele an Mitgliederzahl kleinere Initiativen befinden sich nach über 10jährigem Bestehen

in einer Umbruchphase. Die ehemals Aktiven haben reichlich Zeitgutschriften gesammelt, kommen jetzt in das Alter, in dem sie Hilfen benötigen und es fehlt den Initiativen an jüngern aktiven Mitgliedern, die bereit sind, Hilfen und Aktivitäten zu leisten. Diese Tatsache vor Augen bieten die Initiativen in den letzten Jahren Generationen übergreifende Projekte an. Viele Initiativen engagieren sich mittlerweile in Schulen, indem die Mitglieder dort mit den Schülern lesen oder Hausaufgabenbetreuung übernehmen. Das Engagement dient neben der eigentlich geleisteten Hilfestellung dazu, den Dialog der Generationen zu fördern und gegenseitige Distanziertheit zwischen den Generationen abzubauen. Knapp 80% der Befragten wünschen die Öffnung ihrer Initiative für jüngere Mitglieder. So wollen die Mitglieder der Seniorengenossenschaften keine geschlossene Gruppe alter Menschen sein, sondern wünschen sich den Dialog mit jüngeren Mitbürgern.

Fazit

In den letzten Jahren ist im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements ein Motivstrukturwandel zu beobachten. Das Engagement verlässt die Charakterzüge des klassischen Ehrenamts, ist nicht mehr überwiegend altruistisch motiviert, sondern bekommt einen größeren Selbstbezug. Der 3. Altenbericht nennt als Motive für ehrenamtliches Engagement: den Wunsch Verantwortung zu übernehmen, persönliche Befriedigung und Anerkennung zu erfahren, mitgestalten zu können, und die Zeit des Engagements frei einteilen zu können²³. Als wesentliche Voraussetzung für die Aktivierung von Senioren für gesellschaftliches Engagement determinieren der 1. Freiwilligensurvey 1999 und der 2. Freiwilligensurvey 2004 qualifizierte Informationsmöglichkeiten und Kontaktstellen der Beratung über geeignete Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement und die Erschließung neuer, den Bedürfnissen der Senioren gerecht werdender Tätigkeitsfelder²⁴.

Genau dies setzt die Idee Seniorengenossenschaft um: Die Mitglieder bringen selbstbestimmend ihre eigenen Ideen, Vorstellungen, Fähigkeiten und Kenntnisse ein und schaffen so ein von Vertrauen getragenes Netzwerk der gegenseitigen Selbsthilfe. Dabei wird die Motivationsstruktur des einzelnen Mitglieds einer Seniorengenossenschaft weniger von Nutzenüberlegungen nach rationalen Maximierungsaspekten bestimmt, sondern es geht um mehr als um ökonomische Präferenzen. Es werden vor allem Nutzenaspekte der prozess benefits deutlich, die schwer messbar sind, die aber in ihrer Bündelung die Suche nach einer Sinnstiftung ergeben, die ein das menschliche Leben begleitendes Grundbedürfnis ist. Gerade in der Lebensphase des Austritts aus dem Beruf ziehen die Menschen Bilanz und suchen nach sinnstiftenden Betätigungsfeldern. Die Seniorengenossenschaften bieten ihren Mitgliedern die Einbettung in ein soziales Netz und ermöglichen ihren Mitgliedern, sinnhaft zu altern. Auch sind Seniorengenossenschaften ein Beispiel für die in der OASIS Studie 2003 festgestellten

Crowding-in Effekte dergestalt, dass staatliches Engagement Effekte im informellen Bereich nach sich zieht²⁵. Die den Initiativen der Hilfe auf Gegenseitigkeit gewährten kommunalen bzw. städtischen Anschubfinanzierungen bilden die Basis dafür, dass ehrenamtliches Engagement entsteht und sich dann selbstständig weiterentwickelt.

Initiativen der Hilfe auf Gegenseitigkeit bieten eine interessante, neuartige Form des ehrenamtlichen Engagements. Die Basis bildet das Vertrauenspotential der Mitglieder, dass generalisierte Reziprozität leben lässt. Dabei sind die Senioren-genossenschaften eine Herausforderung für ihre Mitglieder, denn wie in jeder Institution, in der Menschen aufeinander treffen, kann es auch zu zwischenmenschlichen Disharmonien kommen; so gibt es auch Beispiele für Senioren-genossenschaften, die sich auf Grund zwischenmenschlicher Konflikte wieder aufgelöst haben. Die Weiterentwicklungschancen der Idee Senioren-genossenschaft sind davon abhängig, in wie weit die Initiativen den Öffnungsprozess für jüngere Mitglieder weiterhin erfolgreich voranzutreiben. Das Zusammenwirken von eigennützigen und altruistischen Motiven bietet dabei eine Motivstruktur, die auf einer mitverantwortlichen Basis den Mitgliedern eine Sinn- erfahrung und Lebenszufriedenheit ermöglicht.

Literatur:

- Bundesministerium für Familie und Senioren 1994. Materialien zum Modellprogramm Seniorenbüro, Band 1 Dokumentation der Anträge, Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2001. Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Alter und Gesellschaft, Stellungnahme der Bundesregierung, Bericht der Sachverständigenkommission, Dritter Altenbericht, Deutscher Bundestag 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5130, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005. Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004, Berlin.
- Coleman, James 1991. Grundlagen der Sozialtheorie, Band 1, Handlungen und Handlungssysteme, München: Oldenbourg.
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages 2002. Bericht, Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunfts-fähige Bürgergesellschaft, Schriftreihe Band 4, Opladen: Leske+Budrich.
- Evers, Adalbert; Wintersberger, Helmut 1990. Shifts in the Welfare Mix. Their Impact on Work, Social Services and Welfare Policies, Frankfurt am Main, New York, Boulder: Campus, Westview Press.
- Henke, Christina 2000: Das Ruhestandsverhalten der älteren Arbeitnehmer in Ost- und Westdeutschland – Eine empirische Untersuchung auf der Basis des Sozioökonomischen Panels, in: Sozialer Fortschritt 8 – 9, S. 196 – 213.
- Hubert, Eva-Maria 2004. Tauschringe und Marktwirtschaft, eine ökonomische Analyse lokaler Komplementärökonomien, Berlin: Duncker & Humblot.
- Köstler, Ursula 2006. Senioren-genossenschaften – Stabilitätseigenschaften und Entwicklungsperspektiven. Eine empirische Studie zu Sozialgebilden des Dritten Sektors auf Grundlage der Gegenseitigkeitsökonomik, Reihe: Neue Kölner Genossenschaftswissenschaft, Münster: LIT Verlag.
- Loewenstein, Ariela; Ogg, Jim 2003. OASIS Old Age and Autonomy: The Role of Service Systems and Intergenerational Family Solidarity, Final Report, Center for Research and Study of Aging, The University of Haifa, Israel.
- Lucas, Hans 2005. Beitrag beim Workshop Leistung und Gegenleistung im Rahmen des IFG Kongresses „Alter(n) ist anders“ in Köln am 11.11.2005.
- Oorschot van, Wim; Arts, Wil 2005. The social capital of European welfare states: the crowding out hypothesis revisited, in: Journal of European Social Policy Vol 15 (1), S. 5 – 26.

- Picot, Sibylle (Hg.) 2001. Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999, Ergebnisse der Repräsentativerhebung, zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Band 3, Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport, Stuttgart: Kohlhammer.
- Putnam, Robert D. 1995. Bowling Alone: America's Declining Social Capital, in: Journal of democracy 1995, Bd.1, 65 – 78.
- Riener, Kai 2005. Sozialkapital und Kooperation: Zur Rolle von Sozialkapital im Management zwischenbetrieblicher Kooperationsbeziehungen, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schulz-Nieswandt, Frank 2006. Sozialpolitik und Alter, Reihe: Grundriss Gerontologie, Band 5, Stuttgart: Kohlhammer.

Fußnoten

- 1 Der Endbericht des Forschungsprojekts erscheint unter: Köstler 2006. Senioren-genossenschaften – Stabilitätseigenschaften und Entwicklungsperspektiven. Eine empirische Studie zu Sozialgebilden des Dritten Sektors auf Grundlage der Gegenseitigkeitsökonomik, Reihe: Neue Kölner Genossenschaftswissenschaft, Münster: LIT Verlag.
- 2 Evers und Wintersberger (1990) haben dazu einen Sammelband mit Beiträgen aus verschiedenen europäischen Ländern herausgegeben.
- 3 Auf dem Gebiet der Betreuung und Versorgung alter Menschen wurde mit dem PflegeVG das Zusammenwirken von Ländern, Kommunen und freien Trägern im Pflege-Versicherungsgesetz gesetzlich verankert. § 8(2) SGB XI fordert eine „neue Kultur des Helfens und der menschlichen Zuwendung“, die erreicht werden soll durch eine Förderung der „Bereitschaft zu einer humanen Pflege sowie durch Angehörige, Nachbarn und Selbsthilfegruppen“. Seit 1997 verpflichtet § 20 Abs. 3 und 4 SGB V die Krankenkassen zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen, zusätzlich ist die Höhe der Fördermittel derzeit festgelegt auf 0,51 Euro pro Versichertem pro Jahr. Noch erfüllen die Krankenkassen die Förderpflichtung nicht in vollem Umfang. 2005 förderten die gesetzlichen Krankenkassen die gesundheitsbezogene Selbsthilfe mit 27,2 Mio. Euro, dies entspricht 0,39 Euro pro Versichertem.
- 4 Vgl. Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements 2002, S. 59 – 62.
- 5 Vgl. BFSFJ 2005, Graphik Z2, S. 18.
- 6 Vgl. BFSFJ 2005, Graphik A7, S. 313.
- 7 Vgl. BFSFJ 2005, Graphik A15, S. 323 und Graphik A17, S. 326.
- 8 Das vom Bundesministerium für Familie und Senioren von 1992 bis 1996 geförderte Modellprogramm Seniorenbüro hatte zum Ziel „die soziale Einbindung älterer Menschen zu stärken, indem ihre eigene Aktivität in den Bereichen gefördert wird, die sie in Kontakt mit anderen Menschen bringen und ihre soziale Kompetenz herausfordern.“ Bundesministerium für Familie und Senioren 1994. S. 6, 7. Es sollen „neue Formen freiwilliger Gemeinschaft“ entstehen, die zu einer „Kultur der Mitmenschlichkeit“ beitragen.
- 9 Das Modellprogramm Erfahrungswissen für Initiativen 2002 – 2006 des BFSFJ erprobt neue Verantwortungsrollen für Ältere unter der Bezeichnung Seniortrainerin bzw. Seniortrainer. So unterstützen die Seniortrainerinnen und Seniortrainer Freiwilligen-Organisationen und Initiativen mit fachlichem Wissen, stellen Kontakte her und sind Gemeinwesen unterstützend tätig; dabei sind die Engagement-bereiche breit gefächert und reichen von sozialen, kulturellen, politischen, religiösen Bereichen zu Freizeit- und Geselligkeitsbereichen.
- 10 Seit 1994 finanzieren sich die Initiativen selbstständig. Während des Modellprogramms erhielten sie jedoch sehr hohe finanzielle Zuschüsse. Das Unterstützungsvolumen seitens des baden-württembergischen Sozialministeriums betrug im Projektzeitraum 1991 – 1993 durchschnittlich EUR 24.500 pro Initiative, eingeschlossen war dabei die wissenschaftliche Betreuung. Zusätzlich gewährten die Kommunen weitere Unterstützung im Rahmen der mietfreien Raumüberlassung, diese wurde über den Zeitraum des Modellprogramms hinausgehend gewährt, teilweise sogar bis heute.
- 11 Tauschringe bieten wie die Senioren-genossenschaften den indirekten Austausch von einfachen Dienstleistungen an, dabei ist der Dienstleistungskatalog im Gegensatz zu den Senioren-genossenschaften erweitert, so werden z. B. auch Renovierungsarbeiten und Übersetzungsarbeiten angeboten und gebrauchte Güter getauscht. Zu Tauschringen siehe: Hubert 2004.
- 12 Dabei engagieren sich die Mitglieder aus einem Motivbündel heraus. Das Forschungsprojekt fragte direkt nach der Motivation für den Beitritt in die Senioren-genossenschaft, zusätzlich wurden mit der Likert-Methode die Einstellungen zum Zeittauschsystem, Altersbild und Ehrenamt abgefragt.

- 13 Schulz-Nieswandt stellt den Transaktionalismus als Kreislauf des wechselseitigen Einwirkens von Mensch und Umwelt dar. Die Person ist eigenständig-individuell und gleichzeitig sozialtypisch strukturiert. Vgl. Schulz-Nieswandt 2006, S. 33 und Abb. 2.2 auf S. 34.
- 14 Vgl. Beitrag von Hans Lucas, Leiter der Ehrenamtsagentur des Kreises Offenbach, beim Workshop Leistung und Gegenleistung im Rahmen des IFG Kongresses „Alter(n) ist anders“ in Köln am 11.11.2005.
- 15 Vgl. BFSJ 2001, S. 61.
- 16 Vgl. Henke 2000, S. 202.
- 17 James Coleman zieht eine Trennung zwischen Humankapital, das die Fähigkeiten, Fertigkeiten und das Wissen der Individuen bezeichnet, und Sozialkapital, das durch die Beziehungen zwischen den Humankapital besitzenden Individuen verkörpert wird. Coleman bezeichnet beide als komplementär. Vgl. Coleman 1991, S. 394, 395.
- 18 Die in allen Sozialsystemen vorhandene, aber unterschiedlich ausgeprägte Reziprozitätsnorm ist eine universell gültige Norm, die Riemer wie folgt definiert: „Die Reziprozitätsnorm besagt, dass 1) altruistisches nicht mit opportunistischem Verhalten erwidert werden sollte und 2) dass, durch altruistisches, kooperatives Verhalten anderer Akteure erlangte Vorteile langfristig durch eigene Akte altruistischen Verhaltens ausgeglichen werden sollten.“ Riemer 2005, S. 83.
- 19 Von denjenigen, die angeben, in weiteren Vereinen Mitglied zu sein, geben wiederum zwei Drittel an, dort auch aktiv zu sein (z. B. Vorstandsämter, Übungsleiter in Sportvereinen, Mithilfe bei Veranstaltungen).
- 20 Nicht nur die Ausmaße des Engagements sind geschlechtsspezifisch, sondern auch die Tätigkeitsfelder. Männer engagieren sich an erster Stelle in Parteien, die Frauen geben Ämter in der Kirche, bei der Caritas, der AWO und die Tätigkeit als „grüne Damen“ an.
- 21 James Colemans Sozialkapitalthese folgend stellen sich die Bürger mit Netzwerken besser als ohne. Die Bürger engagieren sich wegen der Outcomes, entweder wegen individueller Outcomes oder gesellschaftlicher externer Effekte. Allerdings machen dies die meisten Bürger nicht aus rein strategischen Motiven, sondern auch hier steckt Altruismus dahinter.
- 22 Ein Problem stellt derzeit noch die Auslegung des § 53 AO des Gemeinnützigkeitsrechts dar. Derzeit werden Vereine nur dann als gemeinnützig anerkannt, wenn gemäß § 52 Abs. 2 Nr. 2 AO nur alte und hilfebedürftige Menschen die Hilfeleistungen erhalten. Als nicht empfangsberechtigten Mitgliedern fehlt daher jüngeren Mitgliedern der Anreiz, sich zu engagieren, da der Zeithorizont der generalisierten Reziprozität bei jüngeren Mitgliedern sehr weit in die Zukunft verschoben ist.
- 23 Vgl. BFSJ 2001, S. 39, 61, 236.
- 24 Vgl. Picot 2001, S. 263, Abb. 4.2, S. 264, S. 280. BFSJ 2005, S. 305.
- 25 Die OASIS Studie unter Beteiligung des Deutschen Zentrums für Altersfragen und die Untersuchung von van Oorschot und Arts bestätigen nicht die von Putnam 1995 aufgestellte Crowding-out Hypothese des Sozialkapitals, die besagt, dass ein breites staatliches Angebot im sozialen Bereich zu einem verminderten Engagement im Dritten Sektor und in Familie und Verwandtschaftssystemen führt. Vgl. Putnam 1995, Loewenstein; Ogg 2003 und Oorschot van; Arts 2005.

Die Rolle des Bürgers als Patient



Vom klassischen Patienten zum Entrepreneur?

Gesundheitspolitik und Patienteninteresse im deutschen Gesundheitssystem

Herausgegeben von Prof. Dr. Winand Gellner, Universität Passau und Dr. Andreas Wilhelm, Universität Passau

2006, 130 S., brosch., 25,- €, ISBN 3-8329-1702-0

Im Mittelpunkt der Diskussionen um die Gesundheitspolitik steht seit Jahren der Reformbedarf des Gesundheitswesens. Welche Rolle spielt dabei der Patient? Wie stark ist die Stimme des Patienten? Was sind seine Erwartungen und Einstellungen? Die vorliegende politikwissenschaftliche Analyse versucht, anhand einer Patiententypologie ein umfassendes Bild vom Bürger als Patienten zu entwickeln, in Bezug auf seine Interessen, Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster sowie Forderungen im Bereich der Gesundheitspolitik.



Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder bei: Nomos Verlagsgesellschaft | 76520 Baden-Baden | www.nomos.de